Von:

Presse & Öffentlichkeit <presse@stadt-radeberg.de>

Gesendet:

Donnerstag, 13. Februar 2025 14:37

Betreff:

Pressemitteilung - Erfolgreicher Bürgerdialog am 12. Februar 2025:

Intensiver Austausch zur Zukunft neuer Gewerbeflächen in Radeberg

Anlagen:

Podium.JPG; 20250213_Erfolgreicher Bürgerdialog am 12. Februar 2025.pdf

Erfolgreicher Bürgerdialog am 12. Februar 2025: Intensiver Austausch zur Zukunft neuer Gewerbeflächen in Radeberg

Foto anbei (Quelle: Stadt Radeberg): Bild "Podium": v.l.n.r.: Peter Escher, Detlev Dauphin, Eric Toussaint, Prof. Dr. Peter Peschel, Frank-Peter Wieth und Oberbürgermeister Frank Höhme

Etwa 60 Bürgerinnen und Bürger, weniger als beim ersten Bürgerdialog, nahmen am gestrigen Abend im Humboldt-Gymnasium an der zweiten Bürgerdialog-Veranstaltung teil. Besonders erfreulich war, dass auch viele neue interessierte Bürgerinnen und Bürger erschienen, um sich über neue Gewerbeflächen zu informieren. Oberbürgermeister Frank Höhme und Moderator Peter Escher betonten mehrfach ihre Freude über das anhaltende Interesse an diesem wichtigen Zukunftsthema. Die Veranstaltung diente dazu, offene Fragen zu klären und eine faktenbasierte Diskussion zu ermöglichen.

Die Stimmung im Saal war von Beginn an engagiert, mit kritisch konstruktiven Wortmeldungen, was den hohen Stellenwert des Themas für die Bürgerinnen und Bürger unterstrich. Viele Teilnehmende äußerten sich positiv und stellten ihr Votum für neue Gewerbeflächen bereits klar vor, da sie die Entwicklung als notwendig für die Stadt ansehen.

Elementarer Bestandteil der Veranstaltung war die Podiumsdiskussion, in der zentrale Themen wie die Auswirkungen auf Verkehr, Umwelt, Wirtschaft und Bürgerbeteiligung intensiv besprochen wurden. Eingeladen war auch die Bürgerinitiative, die sich gegen die angedachten Gewerbegebiete ausspricht.

"Ich bin sehr enttäuscht darüber, dass die Sprecherin der Bürgerinitiative heute nicht hier ist. Wir haben bewusst dafür gesorgt, dass dieser Dialog nicht einseitig geführt wird. Ich habe sie persönlich nochmals eingeladen, aber sie hat sich gegen eine Teilnahme entschieden."

Der Moderator Peter Escher stellte klar, dass kritische Stimmen dennoch gehört und aktiv in die Diskussion einbezogen wurden. Ein Vertreter der Bürgerinitiative und Mitglied des Stadtrates, Detlev Dauphin, übernahm die Sprecherrolle der Bürgerinitiative und brachte deren Argumente in die Debatte ein.

Wirtschaftliche Entwicklung als Chance für Radeberg

In seiner Eröffnungsrede betonte Oberbürgermeister Frank Höhme die wirtschaftliche Bedeutung von neuen Gewerbeflächen für die Zukunft der Stadt:

"Radeberg muss sich weiterentwickeln, wenn wir auch in Zukunft eine starke Wirtschaft, sichere Arbeitsplätze und Investitionen in Bildung, Sport und Infrastruktur gewährleisten wollen.

Die Stadtverwaltung unterstrich, dass ohne zusätzliche Steuereinnahmen wichtige Investitionen nicht umgesetzt werden könnten. Die Anfragen von ansiedlungsinteressierten Unternehmen bestätigten die hohe Nachfrage nach neuen modernen Gewerbeflächen.

Einige anwesende Unternehmer nutzten die Gelegenheit, um ihre Erfahrungen mit den aktuellen Flächenkapazitäten in Radeberg zu schildern. Sie machten deutlich, dass sie dringend Expansionsmöglichkeiten benötigen und neue Flächen für die wirtschaftliche Weiterentwicklung essenziell sind. Dazu stellte Frank-Peter Wieth, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Stadtrat Radeberg, fest:

"Wir dürfen nicht in Stillstand verharren. Unternehmen in Radeberg brauchen dringend Perspektiven, um zu wachsen und wettbewerbsfähig zu bleiben. Wenn wir ihnen keine Flächen bieten, werden sie abwandern – und das wäre ein großer Verlust für unsere Stadt."

Dennoch gab es aus dem Publikum auch kritische Stimmen zur Frage, ob der Bedarf an Gewerbeflächen nicht durch eine effizientere Nutzung bestehender Flächen gedeckt werden könne. Oberbürgermeister Frank Höhme wiederholte noch einmal den Zusammenhang:

"Die bestehenden Gewerbeflächen gehören größtenteils privaten Investoren, die eigene Pläne für die weitere Entwicklung verfolgen. Die Erschließung dieser Flächen wäre auch nicht ohne finanziellen Aufwand möglich. Zudem wäre eine Nachverdichtung in diesen Gebieten mit höheren Belastungen für die Anwohner verbunden – mehr Verkehr, mehr Lärm, weniger Entwicklungsspielraum. Die geplante Fläche am Stadtrand bietet hingegen die Möglichkeit, von Beginn an eine städtebaulich durchdachte Lösung zu schaffen."

Kritische Stimmen zu Investitions- und Erschließungskosten

Das Stadtratsmitglied Detlev Dauphin (Freie Wähler) kritisierte insbesondere die fehlende Finanztransparenz bei der Ausweisung neuer Gewerbeflächen:

"Wir wissen überhaupt nicht, was am Ende wirklich auf die Stadt zukommt. Ohne ein belastbares Konzept zu den Investitions- und Erschließungskosten ist das Verfahren für mich nicht seriös."

Eric Toussaint, Stadtplaner und erfahrener Berater bei Gewerbeansiedlungen, entgegnete, dass diese Detailfragen erst im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens geklärt würden:

"Genau dafür dient die Planungsphase, in der unter anderem Gutachten zu Bodenbeschaffenheit, Verkehr und Umwelt erstellt werden. Erst dann liegen belastbare Fakten zu Kosten und möglichen Risiken vor, auf deren Basis die Stadt sachgerecht entscheiden kann."

Damit werde, so Toussaint, die angesprochene Unsicherheit systematisch reduziert:

"Wenn wir uns jetzt gegen das Verfahren entscheiden, bliebe alles vage; setzen wir es fort, finden wir heraus, welche Optionen zu welchen Kosten realistisch sind."

Klare Antworten auf Fragen zu Verkehr und Umwelt

Ein Schwerpunktthema des Abends war die Verkehrsbelastung. Viele Bürger äußerten Bedenken hinsichtlich eines erhöhten LKW-Verkehrs. Eric Toussaint, Stadtplaner aus Leipzig, betonte, dass die geplanten Gebiete verkehrstechnisch ideal gelegen sind und im Gesamtkontext der Belastungen für die Stadt eine strategisch sinnvolle Entscheidung darstellen:

"Verglichen mit anderen Entwicklungsprojekten in Deutschland ist dieser Standort aufgrund seiner vorhandenen Infrastruktur und Anbindung ein sehr günstiger und nachhaltiger Entwicklungsraum."
Oberbürgermeister Frank Höhme ergänzte:

"Wenn wir versuchen würden, bestehende Gewerbeflächen innerhalb der Stadt zu nutzen, würde das enorme zusätzliche Verkehrsbelastungen für die Bürgerinnen und Bürger bedeuten. Schon jetzt sind bestimmte Straßen durch LKW-Verkehr stark frequentiert – wenn wir innerstädtisch gewerblich nachverdichten, wäre das für viele Anwohner nicht tragbar. Die geplanten Flächen hingegen erlauben es uns, eine emissionsarme und nachhaltige verkehrliche Anbindung mit moderner Verkehrs- und Mobilitätssteuerung zu entwickeln, ohne die sensiblen Wohnnutzungen zusätzlich zu belasten."

Auch das Thema Umwelt- und Naturschutz wurde intensiv diskutiert. Im Verlauf der Diskussion wurde immer wieder betont, dass Umwelt- und Naturschutzauflagen strikt einzuhalten sind. Insbesondere hob die Stadtverwaltung hervor, dass bei einer möglichen Realisierung des Gewerbegebiets umfangreiche Gutachten und Prüfungen zu Lärm, Oberflächenwasser, Emissionen und Arten- und Bodenschutz durchgeführt werden müssten. Zudem würden Ausgleichs- und Kompensationsflächen geschaffen, um Eingriffe in Natur und Landschaft zu reduzieren und gesetzlich vorgeschriebene Umweltstandards zu erfüllen.

"Das Thema Bodenversiegelung wird oft als größtes Problem bei neuen Gewerbegebieten betrachtet. Doch hier können wir moderne Methoden nutzen, um negative Auswirkungen zu minimieren. Dazu gehören unter anderem Stärkung der vorhandenen Grünstrukturen, Ausgleichsflächen, Wassermanagementsysteme, Integration von erneuerbaren Energien und intelligente Bepflanzungskonzepte", ergänzte Eric Toussaint.

Trotz dieser Zusicherungen blieb die Sorge vieler Bürger, dass die Umsetzung dieser Maßnahmen nicht langfristig kontrolliert werde. Die Stadtverwaltung versprach daher, in regelmäßigen Abständen über die Einhaltung der Maßnahmen zu informieren und zu berichten.

Freiwillige Leistungen der Stadt war wichtiger Bestandteil der Diskussion

Ein zentraler Punkt war die Bedeutung der Steuereinnahmen für die freiwillige Leistungen in der Stadt. Prof. Dr. Peter Peschel, Präsident des Radeberger Sportverein e.V. (RSV), stellte anhand des Beispiels des RSV klar, dass Investitionen in Sport- und Kulturangebote von kommunalen Einnahmen abhängen:

"Der RSV ist der größte Sportverein hier in Radeberg, wir haben ein Gelände von etwa 45 000 Quadratmetern, auf dem mehrere sanierungsbedürftige Gebäude stehen. Bei einer groben Schätzung kommen wir in den nächsten zehn Jahren auf ein Investitionsvolumen von rund 9 Millionen Euro. Kurz- bis mittelfristig benötigen wir mindestens 600.000 bis 700.000 Euro, um dringende Reparaturen durchzuführen."

Er stellte die Notwendigkeit heraus, die nicht nur der RSV hat:

"Wenn wir diese Summe nicht aufbringen können, wird es für uns immer schwieriger, den Sportbetrieb vollständig aufrechtzuerhalten. Einzelne Hallenabschnitte sind aufgrund baulicher Mängel nur noch eingeschränkt nutzbar. Auf Dauer können wir unsere Leistungen sonst nicht mehr im gewohnten Umfang erbringen."

Seine Ausführungen fanden breite Zustimmung und es wurde deutlich, dass neue Gewerbeflächen ein notwendiger Schritt zur finanziellen Stabilisierung der Stadt sind.

Bürgerbeteiligung bleibt zentrales Element

Ein weiteres wichtiges Thema war die Transparenz des Planungsprozesses. Die Stadtverwaltung betonte, dass alle Planungsunterlagen für die Bürger einsehbar sind und weitere Dialogformate geplant sind.

"Wir wollen, dass die Bürger mitentscheiden. Genau deswegen führen wir diesen Dialog und den Bürgerentscheid am 23. Februar", sagte Frank Höhme.

Mehrere Wortmeldungen aus dem Publikum forderten mehr Mitsprachemöglichkeiten und eine langfristige Kontrolle über die Einhaltung der zugesagten Maßnahmen. Die Verwaltung sicherte zu, die Öffentlichkeit regelmäßig zu informieren und in den weiteren Planungsprozess einzubeziehen.

Fazit: Eine konstruktive Debatte mit klarem Blick in die Zukunft

In den Abschlussstatements betonten die Podiumsteilnehmer die Bedeutung einer informierten Entscheidung beim anstehenden Bürgerentscheid am 23. Februar:

"Diese Entscheidung betrifft nicht nur uns heute, sondern auch unsere Kinder und Enkel. Lassen Sie uns diese Zukunft gemeinsam gestalten", sagte Frank Höhme.

Der Abend endete mit einer positiven Grundstimmung und dem Eindruck, dass viele Bürger nun eine fundierte Informationsbasis für ihre Entscheidung haben. Die Stadtverwaltung bedankte sich für das große Interesse und versprach, den Dialog mit den Bürgern weiterhin intensiv zu führen.

Mehrere Bürger meldeten sich zu Wort und unterstützten das Vorhaben ausdrücklich:

"Wir brauchen diese Gewerbeflächen, damit unsere Kinder hier in Radeberg eine Zukunft haben und nicht wegziehen müssen."

"Die Stadt braucht stabile Einnahmen, um in Infrastruktur und Schulen zu investieren. Neue Gewerbeflächen sind dafür eine langfristige Lösung."

"Wir können nicht immer nur verhindern und blockieren – wir müssen gestalten. Ich werde mit Ja stimmen!"

Weitere Informationen:

www.zukunft.radeberg.de

Mit freundlichen Grüßen

Sarah Günther Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Stadtverwaltung Radeberg Markt 17-19, 01454 Radeberg

Tel.: +49 3528 450-206 Fax: +49 3528 450-100

E-Mail: presse@stadt-radeberg.de

www: www.radeberg.de

Die Große Kreisstadt Radeberg verarbeitet personenbezogene Daten. Informationen darüber erhalten Sie unter www.radeberg.de.